

NRW und die Künstliche Intelligenz

Sachverständige äußern sich in Anhörung zu Forschung und Anwendung

12. Dezember 2019 – Nordrhein-Westfalen soll zum bundesweit führenden Standort für angewandte Künstliche Intelligenz (KI) werden und auch in Europa unter den „Top Ten“ rangieren. Dieses Ziel haben die Fraktionen von CDU und FDP in einem gemeinsamen Antrag formuliert. In einer Anhörung des Wissenschaftsausschusses sowie des Ausschusses für Digitalisierung und Innovation haben sich Sachverständige dazu geäußert.

Nordrhein-Westfalen verfüge bereits „über große Kompetenzen“ auf dem Gebiet, heißt es im Antrag („Künstliche Intelligenz: Forschung und Innovation für Maschinelles Lernen voranbringen“, 17/7374). Als Beispiele nennen die Fraktionen u. a. das Kompetenzzentrum Maschinelles Lernen Rhein-Ruhr mit dem Lehrstuhl für Künstliche Intelligenz an der TU Dortmund sowie die Fraunhofer-Institute in Sankt Augustin, Dortmund und Bonn. Weitere Forschungseinrichtungen, Netzwerke, Lehrstühle und Institute arbeiteten an der Schnittstelle zur Anwendung.

Genau dort solle die 2018 gegründete Kompetenzplattform KI.NRW die „starke Forschungslandschaft“ ergänzen, schreiben CDU und FDP. Es gelte, „die Innovationskraft der Wissenschaft und Forschung für unsere Wirtschaft – Industrie und Mittelstand gleichermaßen – nutzbar zu machen“. Im Mittelpunkt sollen „Forschung und Bildung, ein erfolgreicher Technologietransfer und eine ethisch-verantwortungsvolle Umsetzung“ stehen.

„Weichenstellungen“

Unterstützung signalisierte die Landesrekorenkonferenz in ihrer Stellungnahme für die Ausschüsse. Aus Sicht der nordrhein-westfälischen Universitäten seien „erste wichtige Weichenstellungen“ bereits erfolgt. Auf Landesebene fehlten aber konkrete Ausschreibungen und Programme, „über die Drittmittel im Rahmen der vor gut einem Jahr beschlossenen KI-Strategie eingeworben werden könnten“. Zudem sollten den Universitäten ebenfalls Mittel zur Verfügung gestellt werden, um „die gesellschaftlichen Transformationsprozesse, die mit der Ausweitung von KI in viele Lebensbereiche einhergehen, sowie ethische Fragen in diesem Zusammenhang systematisch zu erforschen“.

Jegliche Anstrengung, NRW auf dem Feld der Künstlichen Intelligenz zu stärken, sei „sinnvoll, notwendig, dringlich und äußerst begrüßenswert“, schrieb Prof. Dr. Stefan Wrobel (Universität Bonn, Fraunhofer-Institut). KI biete „enorme Wachstumschancen für diejeni-

gen Unternehmen und Volkswirtschaften, die sie sich als erste und vollumfänglich zu eigen machen“. Auf der anderen Seite stünden große Risiken für diejenigen, „die dies nicht tun“. NRW biete für die KI-Forschung eine exzellente Basis. „Schwerpunkte sollten auf den KI-Stärken NRWs aufbauen und darüber hinaus die Schlüsselbranchen wie Produktion, Logistik, Medizin und Medien berücksichtigen“, so Wrobel. Ein besonderes Augenmerk müsse auf der Schnittstelle zwischen Forschung und Anwendung liegen.

Prof. Dr. Helge Ritter (Universität Bielefeld) empfahl in seiner Stellungnahme u. a., „KI-Forschung à la Google & Co.“ nicht nur nachzulaufen, sondern eigene Akzente zu setzen und konsequent auszubauen. Universitäten müssten geeignet aus-

gestattet werden, damit sie in Ausbildung und Forschung mit den rasant steigenden Anforderungen mithalten können. Bei den Gehältern seien deutsche Universitäten im KI-Bereich „nicht konkurrenzfähig“. Vorhandene Ressourcen müssten durch „bestmögliche Vernetzung“ gestärkt werden.

Man unterstütze „das Vorhaben der Landesregierung, den Forschungs- und Wirtschaftsstandort in Nordrhein-Westfalen im Bereich der Künstlichen Intelligenz zu stärken“, heißt es in einer Stellungnahme des Chemiekonzerns Lanxess für den Ausschuss. Die Digitalisierung werde „die Prozesse und Geschäftsmodelle in der Chemieindustrie und unseren Kundenin-

dustrien nachhaltig verändern“. Lanxess habe mit einer konzernweiten Digitalisierungsstrategie reagiert, brauche aber die Unterstützung der Politik. Gerade bei der Anwendung Künstlicher Intelligenz seien hoch qualifizierte Fachkräfte „mit entsprechender technisch-chemischer und digitaler Expertise“ erforderlich.

Das neue Anforderungsprofil an Chemiker und Chemieingenieure müsse sich in einer interdisziplinären universitären Ausbildung niederschlagen. *zab*

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.

Foto: Schälte